

Protokoll Nr. 18 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 22.07.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat

Songül Aslan
Gudrun Eickelberg
Maria-Katharina Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn H. Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober

Miriam Benz
Anna Faethe
Markus Gonther
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann

b) vom Ortsamt

Sarai Auras
Ralf Möller

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird um den neuen Tagesordnungspunkt 7 „Stellungnahme TöB-Verfahren“ ergänzt. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

Das Protokoll Nr. 17 der Beiratssitzung am 27.05.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass in der Busestraße ein Haus augenscheinlich leer stehe und zunehmend verwahrlose. Herr Möller sagt zu, dass das Ortsamt den Hinweis weitergebe.

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Eickelberg macht darauf aufmerksam, dass Anwohner*innen der Gabriel-Seidl-Straße ihr mitgeteilt hätten, dass die dort kürzlich erneuerte Straßendeckschicht stellenweise aufweiche und der Teer unter den Schuhen haften bleibe. Herr Möller sagt zu, dass das Ortsamt den Hinweis an das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) weitergeben werde.¹

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Herr Möller weist auf folgende Punkte hin:

- Der Bau der Grundschule am Baumschulenweg schreite voran – kürzlich habe das Richtfest stattgefunden;
- die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) arbeite aktuell an der Novellierung der Baumschutzverordnung;
- die Antwort von Immobilien Bremen (IB) zu dem am 27.04.2021 gefassten Beiratsbeschluss „Auskunft zu Solarpotentialen auf öffentlichen Grundstücken“ liege vor.²

¹ Nachtrag vom 28.07.2021: Die Stellungnahme des ASV hierzu lautet, dass die Oberfläche langfristig durch die Nutzung durch den Straßenverkehr angegriffen werde und aus dem Grund ein dünner Asphaltfilm in DSK-Bauweise (dünne Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise) aufgebracht worden sei. Diese Deckschicht könne sich bei höheren Temperaturen verformen und zu Reifenabdrücken sowie punktuellen Ablösungen des Straßenbelags führen. Das ASV werde sich mit der Firma in Verbindung setzen, die die DSK-Maßnahme im vergangenen Jahr durchgeführt habe, um eine schnelle Lösung zu finden.

² Nähere Informationen finden sich in dem [Protokoll Nr. 6](#) der Sitzung des Fachausschusses „Umwelt und Klimaschutz“ am 27.04.2021. Das Antwortschreiben auf den Beschluss ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

Die Antworten auf die weiteren Fragen des Beschlusses lauteten gemäß Herrn Möller wie folgt:

- *Tatsächlich ist die Nutzung von Fassaden- und Freiflächen für PV noch nicht genauer betrachtet worden. Für PV auf Freiflächen wird in den Liegenschaften der SVIT aber kein bedeutendes Potenzial gesehen. Große Parkplätze sind nicht vorhanden. Vorhandene Freiflächen in Schul- und Kita-Liegenschaften werden in der Regel dringend als Bewegungsflächen für die Kinder benötigt. Noch vorhandene Flächenreserven werden in den nächsten Jahren für Schul- und Kita- Ausbauprogramme genutzt und reichen schon hierfür nicht aus.*
- *Es gibt immer wieder Gespräche mit Energiegenossenschaften und anderen privaten Dritten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind allerdings momentan schwierig, da Betreiber*in der PV-Anlage und Nutzer*in des Stroms personenidentisch sein müssen, um die reduzierte EEG-Umlage nutzen zu können. Dies wiederum ist für die Wirtschaftlichkeit der Anlage in der Regel aber essentiell. Trotzdem schließen wir eine Vergabe an Dritte nicht aus.*
- *Die Informationen über die Nutzbarkeit privater Potentiale bspw. in Form großer Dachflächen stehen uns nicht zur Verfügung.*

TOP 2: Informationsanfrage der CDU – Photovoltaik auf stadteigenen Dächern in Schwachhausen/ Wärmepumpen und Fernwärme in öffentlichen Gebäuden in Schwachhausen

Herr Middendorf stellt die Informationsanfrage der CDU-Fraktion vor und weist auf den akuten Handlungsbedarf hin. Die Informationsanfrage könne eine Grundlage bilden, um die Bestrebungen voranzutreiben.³

Von Seiten vieler Beiratsmitglieder wird die Informationsanfrage befürwortet. Es werden die Vorschläge unterbreitet, diese Thematik in dem Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ oder in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse „Bau“ und „Umwelt und Klimaschutz“ ausführlicher zu beraten.

Um nicht zu viel Zeit verstreichen zu lassen und eine breitere Diskussion zu ermöglichen, einigt sich der Beirat schließlich mehrheitlich darauf, das Thema in der nächsten Beiratssitzung erneut zu behandeln und Vertretungen von SKUMS und IB zu dieser Sitzung einzuladen.

TOP 3: SKUMS-Konzept für das Parken in Quartieren, Stellungnahme des Beirats

Wie Herr Möller darlegt, habe der Beirat die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu den von SKUMS erstellten Entwürfen für das Konzept Parken in Quartieren abzugeben.⁴

Herr Land stellt den Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionen Grüne, SPD und Linke vor und weist darauf hin, dass dieser bereits im Fachausschuss „Verkehr“ vorgestellt worden sei.⁵ Teilweise seien die im Konzept festgesetzten Prioritäten für die Einführung des Bewohnerparkens nicht nachvollziehbar. Die entsprechenden politischen Beschlusslagen sollten ebenfalls ein Kriterium für einen hohen Handlungsbedarf und eine Einordnung in eine höhere Priorität darstellen.⁶ Zudem sollten auch Breiten, Nutzbarkeit sowie Qualitätsmängel vorhandener Radwege und Seitenstreifen als Kriterien einbezogen werden und sofort entsprechende Verbesserungsmaßnahmen in Straßen mit stark eingeschränkter Rettungssicherheit und Barrierefreiheit erfolgen. Die Anwohner*innen sollten in einem stärkeren Umfang einbezogen werden als dargelegt. Insgesamt sprächen sie sich für eine Überarbeitung des Konzeptes aus.

Herr Middendorf stellt die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Ergänzungen zu dieser Stellungnahme vor: Unter anderem solle der Ordnungsdienst unverzüglich aktiv werden, wenn die Fahrbahnbreite für Rettungsfahrzeuge nicht ausreicht und die Gehwegbreite weniger als 1,50

³ Die Informationsanfrage der CDU ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁴ Die entsprechenden Entwürfe sind abrufbar unter [Präsentation Parken in Quartieren SKUMS](#) und [Priorisierung Parken in Quartieren SKUMS](#).

⁵ Siehe [Protokoll Nr. 12](#) der Sitzung am 22.06.2021 sowie Anlage 5: [Vorschlag Stellungnahme Parken in Quartieren GRÜNE, SPD, LINKE](#).

⁶ Der Beirat hatte in seiner Sitzung am 29.10.2020 beschlossen, dass SKUMS für die Einführung des Bewohnerparkens zwischen Parkallee, Schwachhauser Ring, Schwachhauser Heerstraße und Hollerallee einen Betriebsplan erstellen möge, siehe [Protokoll Nr. 11](#) und Anlage 4 b: [Bewohnerparken, Gemeinsamer Antrag Grüne+SPD+Linke+CDU](#).

Meter betrage. Das Konzept sei zudem zu ergänzen, um die Festlegung der Bereiche mit hohem Parkdruck, die die Einführung des Bewohnerparkens gemäß StVO erlauben. In den Gebieten mit hohem Parkdruck solle die Einführung des Bewohnerparkens zügig ermöglicht werden. Bestandteil des Konzepts sollten zudem konkrete Maßnahmen zur Reduktion des Parkdrucks bzw. des Fahrzeugbestands sein. Die Gebührenhöhe für Bewohnerparkausweise solle aufgrund der Sozialverträglichkeit nicht mehr als vervierfacht werden (max. 100 €/ Jahr), soweit nicht von einer ausreichenden Verfügbarkeit von Bewohnerparkplätzen im öffentlichen Raum auszugehen sei. Die CDU halte unter Abwägung der Gesamtinteressen eine Gehwegbreite von 1,50 Meter in bestehenden Straßen für ausreichend.

Wie Herr Land darlegt, habe er die Ergänzungen der CDU weitestgehend in die Stellungnahme eingearbeitet.⁷ Hinsichtlich der beiden zuletzt genannten Punkte habe er folgende Kompromisse erarbeitet:

- Bezüglich der Gebührenfestsetzung werde auf den Beiratsbeschluss verwiesen, in dem SKUMS empfohlen worden sei, einen auskömmlichen Tarif für das Bewohnerparken festzusetzen.⁸ Zudem werde in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Kenntnis der Höhe dieser Gebühren zu einer Beschlussfassung über die Einführung von Bewohnerparkgebieten gehören werde.
- Eine Gehwegbreite von im Ausnahmefall 1,80 Meter für den verdichteten städtischen Raum stelle einen Kompromiss dar, der von klaren Voraussetzungen, wie Ausweichstellen, lichte Breite stets 1,50 Meter etc., eingerahmt werde.

Herr Möller lässt über diese Stellungnahme abstimmen: Der Beirat stimmt einstimmig zu.⁹

TOP 4: Informationsanfrage der CDU – Bewohnerparken in Schwachhausen: Einführung wie geplant in 2022?

Herr Middendorf stellt die Informationsanfrage zum Bewohnerparken der CDU-Fraktion vor.¹⁰ Der Hauptgrund dieser Informationsanfrage ziele darauf ab, eine möglichst schnelle Umsetzung zu erwirken, da die von SKUMS ursprünglich einmal vorgesehene Zeitschiene in den Hintergrund geraten sei.

Herr Land merkt an, dass einige der Fragen bereits durch das von SKUMS erstellte Konzept „Parken in Quartieren“ (TOP 3) beantwortet worden seien. Wichtig sei, dass der Beirat mit seiner Stellungnahme zu diesem Konzept sein Anliegen einer zügigen Umsetzung der vom Beirat gewünschten Bewohnerparkgebiete verdeutlicht habe.

Wie Frau Eickelberg mitteilt, sei ihr aufgefallen, dass der Ordnungsdienst oftmals nur bewirtschaftete Bereiche ahnde, nicht jedoch andere Formen des widerrechtlichen Parkens.

Herr Middendorf teilt diese Auffassung und merkt an, dass sich bei einer digitalen Erfassung der Bewohnerparkberechtigungen unter anderem Zeitersparnisse bei den Kontrollen ergäben.

Auf entsprechende Nachfragen macht er deutlich, dass es bezüglich des Bewohnerparkens vom Bund festgelegte Vorgaben gebe, zum Beispiel die rechtliche Zulässigkeit eines Bewohnerparkausweises pro Person – unabhängig von der Haushaltsgröße. Die Höhe der Parkgebühren könne hingegen auf kommunaler Ebene geregelt werden.

Herr Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) merkt an, dass die Anzahl der Verkehrsüberwacher*innen schwer einem Stadtteil zuzuordnen sein dürfte, da sie flexibel nach Bedarf eingesetzt würden. Mit der Anzahl der Verkehrsüberwacher*innen sei er selbst auch nicht zufrieden, da das angestrebte Ziel, bis zum Ende dieser Legislaturperiode 100 weitere Stellen zu schaffen, nicht erreicht werde. Bei einer Ausweitung der Bewohnerparkgebiete seien jedoch zwingend mehr Kontrollen erforderlich.

⁷ Die abgestimmte Stellungnahme ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

⁸ Siehe [Protokoll Nr. 16](#) der Beiratssitzung am 21.04.2021 und Anlage 3 b: [Antrag GRÜNE zu Gebühren für Bewohnerparkausweise](#).

⁹ Herr Linnertz war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

¹⁰ Die Informationsanfrage der CDU ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

Auf Vorschlag von Frau Gabriele Schmidt wird sich darauf geeinigt, folgende Fragen zu ergänzen:

- Ist es beabsichtigt, die Gebührenhöhe nach Fahrzeuggröße zu differenzieren?
- Ist es beabsichtigt, die Anzahl der Bewohnerparkausweise pro Haushalt zu begrenzen?
- Sind die Belange des Datenschutzes gewährleistet?

Auf Vorschlag von Frau Eickelberg wird die Frage 5 um die Teilfrage ergänzt, welche Verstöße von der Verkehrsüberwachung reglementiert werden.

Herr Möller lässt über die Informationsanfrage der CDU-Fraktion mit den ergänzenden Fragen abstimmen: Die Informationsanfrage wird einstimmig bei zwei Enthaltungen befürwortet.¹¹

TOP 5: Baumfällungen und -nachpflanzungen im öffentlichen Raum

Herr Möller legt eingangs dar, dass der Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, den Umweltbetrieb Bremen (UBB) zur heutigen Sitzung einzuladen, um sich den Stand der Baumfällungen und Baumpflanzungen, die durchgeführten Maßnahmen 2020 und geplanten Baumnachpflanzungen 2021 erörtern zu lassen. Der UBB könne an der heutigen Sitzung jedoch leider nicht teilnehmen.

Herr Gonther stellt den Antragsentwurf zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des öffentlichen Baumbestands vor.¹²

Herr Möller lässt über den Antrag abstimmen: Diesem wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6: Globalmittelvergabe – 1. Runde 2021

Herr Möller weist darauf hin, dass Frau Gabriele Schmidt ihren Antrag auf Raummiete für Radfahren- und Deutsch-Lernen mit Kinderbetreuung zurückgezogen habe.

Auf Nachfrage erläutert er, dass sich die Antragssumme des Focke Museums für Fockes Fest erhöht habe, da das Figurentheater noch für einen Auftritt auf dem Fest gewonnen werden konnte.

Herr Möller lässt en bloque über die Globalmittelanträge abstimmen:¹³ Der Beirat stimmt einer Bewilligung der Anträge einstimmig zu.

TOP 7: Stellungnahme TöB-Verfahren

Herr Möller weist auf die vorgesehene Maßnahme zur Überflutungsvorsorge in der Crüsemannallee/ Busestraße hin und darauf, dass der Beirat als Träger öffentlicher Belange (TöB) die Möglichkeit habe, hierzu eine Stellungnahme abzugeben.¹⁴

Herr Land führt aus, dass eine Hochpflasterung über die Busestraße vorgesehen sei, bei der es sich seiner Auffassung nach um eine vernünftige und begrüßenswerte Maßnahme handele, die zudem fußgänger*innenfreundlich sei. Er schlägt vor, diese Maßnahme zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Herr Möller lässt über den Vorschlag von Herrn Land abstimmen: Dieser wird einstimmig befürwortet.

TOP 8: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

¹¹ Herr Linnertz war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

¹² Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

¹³ Die Übersicht der beschlossenen Globalmittelanträge ist diesem Protokoll als **Anlage 6** angefügt.

¹⁴ Die Unterlagen sind dem Protokoll als Anlagen **7 a und 7 b** angefügt.

Sprecherin

Eickelberg

Vorsitzender

Möller

Protokoll

Auras